

Graphische Stimmen

Organ für Vertretung der Interessen aller in graph. Kunstanstalten, Buchbindereien (und verwandten Berufen) der Papier-, Tapeten- und Farbenbranche beschäftigten gelernter Arbeiter, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint alle 14 Tage. Abonnementspreis 75 Pfg. vierteljährlich. Für die Mitglieder durch die Zahlstellen gratis.

Redaktion u. Verlag: Köln, Palmstraße 14. Redaktionschluss: Montag-Abend.

Anzeigenpreis: die 4gesp. Zeile 20 Pfg. Für Mitglieder und in Verbandsangelegenheiten 10 Pfg. Für Postbezug: Postamt Köln.

Bum neuen Jahre!

Glück und Segen wüchit dem Freunde
Jeder Freund in dielen Tagen;
Alle Bürger der Gemeinde
Dielen Glückwüchit weiter tragen.
Und so hallt in allen Kreisen
Treuer Freundschaft lübes Wort
In verchiedenen Sprachen, Weisen,
Durch die Reih'n der Menichen fort.

Die bisher mit uns gegangen
Auf des lebens rauhen Pfaden,
Die so treu an uns gegangen,
Freud' und Kummer mitertragen —
Den Kolleginnen, Kollegen,
Und der Jugend froher Schar
Wüchiten wir des Himmels Segen,
Fröhlichen Mut im neuen Jahr.

Dem Verband an allen Orten
Neue Streiter zu gewinnen,
Damit soll, — nicht nur mit Worten
Und mit Wüchiten — man beginnen.
Was die Älten uns geschaffen,
Was wir unlerer Jugend schäuen
Hülen mit gerechten Waffen —
Dazu sind wir all' berufen.

Gilt es denn nicht unlerem Stande,
Christlicher Kultur zugleich,
Wenn im graphischen Verbande
Wirken wir im ganzen Reich?
Ja, es gilt das Wohl der Brüder,
Darnach laht uns alle streben;
Dann, so Gott will, bringt uns wieder
Neues Jahr — auch neues leben.

Auf ihr Zweifler, ihr Verzagtten!
Seht, was wir für euch erlitten!
Weil wir früh zu kämpfen wagten,
Wenn wir manches auch gelitten;
Unbeirrt und ohne Zagen
Sollt auch ihr mit Gottvertrauen
Unlere Fahne vorwärts tragen,
Mannhaft in die Zukunft schäuen.

D'rum an's Werk! Sagt: Ja, wir wollen
Allen, die noch ablets liehen
Vom Verband ein Bild entrollen,
Dah sie Zweck und Ziele liehen.
Wenn sie dann in schweren Tagen
Dankbar eurer Mühen denken —
Mögt ihr dann im Stillen lagten:
Jeder kann sich selbst bechenken. b. S.

Bekanntmachungen des Zentral-Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 51. Wochenbeitrag des 1911 fällig.

Die Zahlstellenvorstände und Vertrauensleute mögen zusammenwirken, um eine pünktliche Jahresabrechnung der Zentralkasse zu ermöglichen.

Allen Mitgliedern, besonders den tätigen Vertrauenspersonen, spricht der Zentralvorstand auch an dieser Stelle den herzlichsten Dank aus für treue Mitarbeit und wünscht, daß sie im kommenden Jahre und weiterhin im Interesse der Verbandsangelegenheiten wirken.

Wir machen nochmals auf die Erhebung des Delegiertenbeitrages aufmerksam.

Jahrbücher 1912 können noch von der Zentrale bezogen werden.

Profit Neujahr!

Der Zentralvorstand
J. K.: Hornbach.

Gewerkschaften und Reichstagswahl.

Daß die Reichstagswahlen rein politische Handlungen sind, wird auch von der „Buchbinder-Zeitung“ bestätigt. Daß für die Gewerkschaftsorganisation gesammelte Geld soll aber nicht zu Parteizwecken Verwendung finden, sondern dies sei Sache der politischen Organisation der Arbeiter, außerhalb der Gewerkschaft. Ja dieses „neutrale“ Wort, bezeichnet die Verwendung der politischen Fonds gleich dem Korrespondenzblatt der Generalkommission, als eine statutenwidrige Handlung und glaubt damit die innerhalb einer gewerkschaftlichen Organisation notwendigen Grundbedingungen der politischen Neutralität eingehalten zu haben. Daß dem nicht so ist, beweisen

die sonstigen Ausführungen, des mit dem Titel „Gewerkschaften und Reichstagswahl“, überschriebenen Artikels in Nr. 50 der „Buchbinder-Ztg.“. Sie schreibt:

„Einzig“, die ganz linksstehende Partei, die Sozialdemokratie ist es gewesen, die bei jeder Gelegenheit die Interessen der Arbeiterschaft vertreten hat. Auf diese Erscheinung haben wir bei den verschiedensten Anlässen hingewiesen. — Immer ist es nur diese eine ganz links stehende reine Arbeiterpartei gewesen, die eindringlich und unerschrocken die Interessen der Arbeiterschaft wahrte. Bei der Besprechung all dieser für uns so außerordentlich wichtigen Fragen, (gemeint sind die neueren sozialen Gesetze wie: Reichsversicherungsgesetz, Gewerbeordnungsnovelle, Privatbeamtengegesetz usw. Die Redaktion.) die auch in der „Buchbinder-Zeitung“ im umfassendsten Maße erfolgte, wurde auf die arbeiterfeindliche Haltung der übrigen politischen Parteien hingewiesen und ständig betont, nur einzig und allein wahre Arbeiterpolitik treibt. Doch allem diesem kann es für uns keinen Zweifel geben, welcher politischen Partei der Gewerkschaftler bei den jetzt einlaufenden Wahlen derselben seine Stimme geben muß. Es kann auch keinem Zweifel unterliegen, welche Partei in ihren Wahlarbeiten von den Gewerkschaftsgenossen und Genossinnen unterstützt werden muß, wie überhaupt die ganze Unterstützung selbstverständlich ist.

Daß die „Buchbinder-Zeitung“ jahraus und ein Propaganda für die politische Sozialdemokratie macht, haben wir an vielen Beispielen bereits früher nachgewiesen. Die neueren Vorschläge der sozialdemokratischen „Buchbinder-Zeitung“ klingen dahin aus: Die Mitglieder des „Buchbinderverbandes“ müssen sozialdemokratisch wählen, dürfen sich nur an der Wahlarbeit der „wahren“ Arbeiterpartei, (Sozialdemokratie) betätigen. Sie sollen neben der Gewerkschaft, auch politisch organisiert, sozialdemokratische Parteimitglieder werden, (soweit sie es noch nicht sind) und wenn auch nicht direkt von den politischen Fonds, so sollen sie doch aus ihren Taschen reiche Geldmittel in die rote Parteikasse fließen lassen.

Aber dennoch wagen die Inspiratoren den Grundsatze aufzustellen, daß in den Reihen des Buchbinderverbandes jeder Berufszugehörige ohne Verletzung seiner politischen und religiösen Überzeugung Platz habe. Man muß sich wundern, daß die teilweise versuchte Neutralitätsbeweihe von jenen Mitgliedern des Buchbinderverbandes, welche sich politisch absolut nicht zur Sozialdemokratie bekennen, nicht erkannt wird. Ja, sind es nicht Faustschläge ins Gesicht für diejenigen, welche sich infolge ihrer christlichen Weltanschauung nicht zum Sozialismus bekennen, wenn sie jahraus und ein in ihrem Gewerkschaftsorgan lesen, daß nur die Sozialdemokratie ihre Interessen vertritt. Daß übrigens auch „freie“ Gewerkschaften den Mut haben, ihre enge Verwandtschaft mit der roten „Arbeiterpartei“ offen und ehrlich durch Geldspenden zum Ausdruck zu bringen, zeigt sich zur Zeit ganz deutlich.

Zwischen den roten Gewerkschaftsorganen und Parteiblättern ist gar kein Unterschied mehr herauszufinden. Und der Gewerkschafts-Rübel rollt — in die roten Wahlkassen. Die Zahlstelle Hamburg des Metallarbeiterverbandes spendete 10000 Mk., die Textilarbeiter in Elberfeld-Barmen 500 Mk., die Holzarbeiter in Waing 100 Mk., die dortigen Buchbinder 80 Mk., die Handlungsgesellen in Elberfeld 100 Mk., das „freie“ Gewerkschaftsblatt Gagen i. B. 100 Mk., die Brauerer- und Mühlenarbeiter in Dresden 500 Mk., die Bauarbeiter in Hamburg 5000 Mk., die Bauarbeiter Wilhelm (Ruhr)-Oberhausen 200 Mk., die Bauarbeiter Duisburg 400 Mk. für den Wahlkreis Duisburg, und 200 Mk. für den Wahlkreis Würes-Rees, das Gewerkschaftsblatt Seligenstadt 10 Mk., die Bauarbeiter in Darmstadt 200 Mk. für Darmstadt-Groß-Gerau, 200 Mk. für Offenburger-Dieburg und 50 Mk. für Erbach-Odenheim. Kurzum „sind unsere Verbände unpolitische Organisationen“, sagen die roten Agitatoren, so sagt wörtlich auch die „freie“ Holzarbeiter-Zeitung (Nr. 46, 1911) in einem langen Artikel über Gewerkschaften und Reichstagswahlen „um diesen Neutralitätschwandel im gleichen Artikel selbst zu widerlegen, indem sie schreibt:

„Alles, was der Arbeiter als Staatsbürger erstrebt, alle Forderungen, die im Interesse der Gewerkschaft

erhoben werden, das wird rüchaltlos nur von einer Partei verfolgt: der Sozialdemokratie. Jeder Gemeindeglieder muß, will er nicht seine Interessen auf das größtmögliche verlegen, für den Kandidaten der Sozialdemokratie stimmen. . . Die Gemeindeglieder müssen die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen nach Möglichkeit zu steigern suchen und alles daransetzen, den sozialdemokratischen Kandidaten zum Siege zu verhelfen. . . damit wir am 12. Januar mit Stolz sagen können: Zu dem erzielten Erfolge haben auch die Gewerkschaften ihr redliches Teil beigetragen."

Soldaten Lasten gegenüber sind die Verzüge der Buchbinderei, als neutral erscheinen zu wollen, geradezu lächerlich. Wenn die Herren der roten Redaktion ehrlich sein wollten, müßten sie an der Spitze der Buchbinderei den Wahlauftrag der sozialdemokratischen Partei in Briefen anbringen.

Zwarig genug, daß die Feuchtheit zum Prinzip erhoben werden muß, um die wahren Ziele verdeutlichen zu können. Sozialdemokratischer Buchbinderverband und sozialdemokratische Partei sind blutsverwandt.

Für die Leser der Buchbinderei wäre es immerhin auch interessant, wenn die Redaktion hinter der Aufmerksamkeit zur Betätigung im Sinne der Sozialdemokratie noch eingefügt hätte, was der Zimmerei, das Organ des sozialdemokratischen Zimmererverbandes am 22. Juli 1905 schrieb:

Es ist eine offenkundige Tatsache, die sozialdemokratische Partei (wir können, ohne Widerspruch in den Kreisen unserer Kameraden zu finden, auch dreist sagen: unsere Partei) befindet sich seit langer Zeit in einer unangenehmen Situation, die in der nächsten Zeit noch schlimmer zu werden droht. Ihre wichtigsten theoretischen Lehrsätze haben sich als unhaltbar beim zweifelhaft herausgestellt. Die „Verelendungstheorie“ hat aufgegeben werden müssen, die „Zusammenbruchstheorie“ kann nicht aufrecht erhalten werden, die „Krisentheorie“ ist sehr zweifelhaft geworden, und so steht es auch mit der Auffassung der chronischen Überproduktion und anderen Lehren. Jedemfalls findet alles das in der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte keine ausreichende Stütze. In den Arbeitermassen ist zwar noch ein verhältnismäßig starker Glaube an diese Lehren vorhanden, aber in den Kreisen der Parteiführer nicht und jedenfalls nicht in der politischen Arbeiterpresse. Dadurch schon kommt die Partei in die Lage eines schwankenden Schiffes, und der Parteigenossen bemächtigt sich annehmend das Gefühl, wie man es bei den Passagieren eines schwankenden Schiffes wahrnehmen kann."

Trotzdem werden unsere Kollegen vom roten Verband auftreten als Vertreter der „Wissenschaft“, des „Fortschritts“ der „Humanität“, kurz, als Verfechter aller Phrasen — nach sozialdemokratischen Rezepten.

Zwei Dichterworte.

„Was Du ererbt von Deinen Vätern hast, ererbte es, um es zu besitzen!“ — Dieser tief sinnige Denkspruch unseres Dichterkönigs Goethe ist von Vielen nicht verstanden worden, und der äußeren Form nach scheint ja auch ein Widerspruch in dem Satze zu liegen. Dieser oder jener könnte sagen: „Was ich ererbt habe, ist ja bereits mein Eigentum, das besitze ich eben schon und brauche es nicht erst zu erwerben.“ In diesem Sinne hat es der Dichter auch nicht gemeint, er will damit sagen, Jeder solle sich des Ererbten würdig machen, damit er in stande sei, es sich zu erhalten, denn nur wenn er dies vermag, besitzt er sein Vatererbe erst wirklich. In diesem Sinne ist das Wort allgemein anzuwenden, sowohl für die Einzelperson, wie für die Gesamtheit der Staatsbürger und die ganze Menschheit. Es leuchtet ein, daß die Anwendung dieses Denkspruches in Bezug auf materielle Besitztümer für jeden vernünftig Denkenden ganz selbstverständlich ist, denn wer selbst richtig wirtschaften und haushalten kann, kann das Ererbte, das Vorhandene, erhalten und vermehren. In viel höherem Sinne findet das Goethe'sche Wort Anwendung auf unsere

geistigen Güter.

Alle Errungenschaften auf geistigem Gebiete verdanken wir in weitaus größtem Maße dem inneren Ringen und Vorwärtstreben unserer Vorfahren, denn das Gesamtergebnis ihres geistigen Strebens ist das feste Fundament, auf dem wir weiter bauen können. In allen edlen Künsten und Wissenschaften sind wir auf das Erbe unserer Väter angewiesen, und dieses zu erhalten, ist eine heilige Pflicht, die wir nicht vernachlässigen dürfen, wenn wir nicht rückständig und in unserer Weiterentwicklung gehemmt werden wollen. Vor allem ist das Goethe-Wort auch

auf die politischen Verhältnisse

anzuwenden. Das mächtige deutsche Vaterland ist von unseren Vorfahren in furchtbaren Kämpfen geschaffen worden, an uns ist es, ihm seine Unabhängigkeit und Machtstellung zu erhalten. Die meisten Rechte, die der Staatsbürger heutzutage genießt, sind unseren Vätern als Früchte jahrhundertlangem geistiger Weiterbildung in schweren Kämpfen mit reaktionären Gewalten zugebilligt

und uns als heiliges Erbe überliefert worden; unsere persönliche Freiheit, das Recht der freien Meinungsäußerung, die Gleichheit vor dem Gesetze, das Recht des Volkes, durch seine berufenen, erwählten Vertreter die vaterländische Gesetzgebung maßgebend zu beeinflussen und auf die Gestaltung der deutschen Verhältnisse auch in politischer Hinsicht in erster Linie einzuwirken, die Beseitigung der landesgesetzlichen Koalitionsverbote, also Gewährung des Rechts zum einheitlichen Zusammenwirken der Arbeiter gegen den Mißbrauch der Kapitalmacht, — alles dies sind Errungenschaften unserer Vorfahren, die von der jetzigen Generation erst ausgebaut und gefestigt worden sind. Eine Freiheit, wie wir sie jetzt im Rahmen der Gesetze genießen, hat auch in Deutschland nicht immer existiert. Aber, wie ja überhaupt bei allen menschlichen Dingen Rosen mit Dornen stets gemischt sind, gibt es auch heute noch manche staatliche Einrichtungen, die dem Gemeinwohl wenig dienlich, ja schädlich sind und deshalb beseitigt werden müssen.

Für Freiheit und Gerechtigkeit, aber auch gegen Kultur und Unterdrückung

kämpft unsere christlich-nationale Arbeiterbewegung. Dabei stehen wir mit beiden Füßen fest auf dem Boden des monarchischen Gegenwartsstaates und sind uns bewußt, daß wir in ruhiger und besonnenen Weise am Leben des Staates in christlich-vaterländischem Sinne uns beteiligen müssen, denn nur dies ist die Quelle des wahren Fortschritts. Das Erfüllte von unklaren Freiheitsideen hat manche Köpfe in die Irre geführt und sie veranlaßt, Forderungen aufzustellen, die einer vernünftigen Heberlegung nicht Stand halten können und uns bei ihrer Verwirklichung in den Abgrund führen würden. Im Hinblick darauf sei an das Wort des großen Schiller erinnert:

„Wo viel Freiheit ist, ist viel Irrtum, doch sicher ist der schmale Weg der Pflicht.“

Wie falsch der Freiheitsbegriff von großen Volksstufen verstanden wird, zeigt sich am besten in den alles negierenden Lehren der Sozialdemokratie. Diese will die absolute Freiheit des Individuums als Grund ihrer Theorien erzwingen, indem sie versucht, die bisher herrschende Weltordnung und die staatlichen Einrichtungen über den Haufen zu werfen, um für die Realisierung ihres Zukunftsstaates Raum zu schaffen. In diesem republikanischen Zukunftsstaate soll für alle Menschen völlige Gleichheit und Freiheit herrschen, jedes Privateigentum soll aufhören zu existieren, alle notwendigen Arbeiten sollen gleichwertig sein und auf die Einzelnen je nach ihren Fähigkeiten verteilt werden. Die Sozialdemokratie bedeuert dabei nicht, daß sie bei einer solchen staatlichen Neuordnung völlig unwürdige staatliche Zustände schaffen, daß sie damit jedes Streben nach höherem, Vollkommenerem von vornherein unterbinden würde. Ein solches Streben, das unseren ganzen Fortschritt und die menschliche Zukunft verbürgt, könnte im sozialdemokratischen Zukunftsstaate nicht existieren, weil jeder Ansporn dazu fehlen würde; und der Einzelne würde, weil er nach einer vorgezeichneten Schablone zu arbeiten gezwungen wäre, zu einem Sklaven und Leibeigenen des Staates werden.

Wie wenig wahre Freiheit von sozialdemokratischen Zukunftsstaate zu erwarten ist.

das zeigt uns der Kadavergehorsam, den der sozialdemokratische Parteivorstand von den Genossen verlangt; das zeigt uns die willkürliche Gewalt- und Tyrannenherrschaft sozialistischer Minister in Frankreich, die selbst längst erworbene Arbeiterrechte mit Füßen treten, die sie einst, als sie noch nicht von der Regierungskrippe genährt wurden, in rabiaten Phrasen vertreteten; das zeigt uns gelegentlich auch die Standalmwirtschaft in den sozialdemokratisch verwalteten Gemeinden und Krankenkassen; das zeigt uns besonders der brutale Terrorismus, womit die Sozialdemokraten auf den Arbeitsstätten, wo sie die Macht dazu haben, andächtige Arbeiter verfolgen und brotlos zu machen suchen.

Die sozialdemokratischen Weltbeglückungspläne sind Utopien, denn sie widersprechen sich in sich selbst, und nur Flachköpfe können auf die Dauer von ihr betört werden. Für alle denkenden Menschen ist das einzig richtige, den schmalen Weg der Pflicht zu gehen, d. h. innerhalb der gegebenen Schranken vorwärts zu streben, denn nur dieser Weg führt zum wahren Fortschritt. L. B.

Gewerkschaftliches.

Der Streit und die Aussperrung der Lithographen und Steinbruder

stehen immer noch auf dem alten Fleck, da die neuerdings aufgenommenen Verhandlungen abermals gescheitert sind. Nachdem zunächst unerbittliche Aussprachen über die Form der wieder aufzunehmenden Verhandlungen stattgefunden hatten, wurde in diese selbst eingetreten. Diesmal wünschten die Arbeitgeber-Vertreter, daß zunächst der Punkt „Arbeitszeit“ erledigt werde, ehe in die Beratung der übrigen Punkte eingetreten werden könne. Sie unterbreiteten hierzu eine Formulierung, wonach die effektive Arbeitszeit für Steinbruder und Korrekturlithographen höchstens 53 Stunden, für Lithographen 48 Stunden betragen, und wonach weiter den Prinzipalen das Recht zuzubilligen sei, eine bestehende tägliche Arbeitszeit auf 53 Stunden unter entsprechender Löhnerhöhung zu erhöhen. Der in den leiblichen Abmachungen stehende Satz, daß bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen unbedeutend bleiben sollen, soll demnach in Wegfall kommen. Die Gewerkschaften sahen hierin eine Verschlechterung ihrer Position, sie wünschten die Vertagung dieses Punktes und Beratung des übrigen Tarifentwurfs. Da jedoch die Prinzipal-Vertreter darauf bestanden, daß zunächst die Arbeitszeitrage erledigt werde, und eine Verständigung darüber nicht zustande kam, so wurden die Verhandlungen bis auf weiteres abgebrochen.

In einem Bericht der Leipziger Volkzeitung vom 18. Dezember heißt es unter anderem: Der betreffende Heber habe die Ueberzeugung fund gegeben, daß durch Verlängerung des Kampfes die Lage der Gewerkschaften verbessert wird.

Wir haben daher den proletarischen Geldmut weiter zu üben. Am 12. Januar, Kollegen, könnt ihr den Unternehmern eine Antwort geben und durch den Stimmgelotz für eine Veränderung der kapitalistischen Zustände eintreten. In der Gewerkschaft können wir das nicht, hier können wir nur langsam Schritt für Schritt Verbesserungen erringen. Der Gewerkschaftsverband muß gezwungen werden, einen ehrlichen Frieden mit uns abzuschließen. Jetzt aber muß der Kampf in der schärfsten Form weitergeführt werden."

Es scheint demnach, daß die sozialdemokratischen Führer mehr Interesse daran haben, die Lithographen unzufrieden zu machen, als einen Frieden anzustreben. Das entspricht allerdings den Zwecken der politischen Sozialdemokratie, schlägt aber der gewerkschaftlichen Praxis ins Gesicht. Daß es im gleichen Bericht als „Unerneuerungsfähigkeit“ bezeichnet werden kann, wenn die Prinzipale den Steinbrudern die gleiche Arbeitszeit zumuten, wie sie neuerdings im Buchdruckeramt festgelegt wurde, ist immerhin bemerksenswert. Das Ganze ist für Parteizwecke geschulten.

Zur Tarifbewegung des Buchdrucker- Hilfspersonals.

Nachdem die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber-Organisation und dem Verbands des in den Buchdruckereien beschäftigten Hilfspersonals über die Erneuerung der zwischen beiden Verbänden abgeschlossenen, am 31. Dezember 1911 ihre Gültigkeit verlierenden „Allgemeinen Bestimmungen über Obliegenheiten, Arbeitszeit und Entlohnung des Hilfspersonals“, wie wir bereits mitgeteilt haben, gescheitert sind, hat sich nunmehr der Vorstand der Hilfsarbeiter-Organisation sofort nach Abbruch der Tarifverhandlungen an das Tarifamt der deutschen Buchdrucker mit der Bitte gewendet, das Tarifamt möge das Einigungsamt versuchen, die an der Tariffrage interessierten Kreise zu neuen Verhandlungen zusammenzuführen. Nachdem die einer solchen Verhandlung entgegenstehenden Schwierigkeiten beseitigt waren, hat das Tarifamt hierzu Stellung genommen und in einer Sitzung einstimmig und im Einverständnis mit dem Vorsitzenden des Deutschen Buchdruckervereins beschloß, dem Antrage der Hilfsarbeiter stattzugeben. Es sind deshalb für den 18. Dezember die beiderseitigen Vertreter derjenigen 20. Orts, an denen bisher tarifliche Vereinbarungen mit dem Hilfsarbeiterbestanden, zu neuen Verhandlungen, die unter der Leitung des Tarifamtes stattfinden, berufen worden. Zentralvorsitzender Kollege Hornbach nimmt als Vertreter unseres Verbandes an den Verhandlungen teil. Ein und Stimme wurde ihm durch einstimmiges Votum der Prinzipalvertreter zugebilligt, durch einstimmigen Gegenbeschluss der Vertreter des Hilfsarbeiterverbandes verweigert. Also ist der Antrag auf Zulassung durch die bekannte Unzulässigkeit auch hier abgelehnt. Wie wir kurz vor Redaktionsschluss noch erfahren, ist eine Einigung in den Streitfragen zustande gekommen, also der Friede gesichert.

Aus der Bewegung.

Wieder eine sozialdemokratische „Mutier“

Krankenkasse.

In einer kürzlich stattgefundenen sehr erregt verlaufenen Generalsammlung der Ortskrankenkasse in Randsdorf bei Elberfeld kam es bei der Auswahl des Vorstandes zur Kennzeichnung sozialdemokratischer Parteiherrschaft innerhalb der Kasse. Die ausstehenden Arbeitgeber erklärten, daß sie ein Amt nicht mehr annehmen würden, weil „infolge der Unmöglichkeit im Vorstand ein entsprechendes Arbeiten unmöglich sei“. Das richtige sei, einen ganz neuen Vorstand zu wählen. Der Vorstandsmittglied Matthew (Arbeitgeber) führte u. a. Vorstandsmitglied Matthias (Arbeitgeber) geriet in die aus: „Wie in der Kasse Parteipolitik getrieben wird, so kann das nicht mehr weiter gehen. Es kommen im Parteinteresse Sachen vor, die nicht mehr schön sind. Die Schuld liegt auf Seiten der Arbeitnehmer. Es berührt

einen nicht gerade angenehm, wenn man in eine Sitzung kommt und sofort bemerkt, daß alle Beschlüsse schon vorher gefaßt sind". Ein anderer Redner ergänzte das, indem er sagte: "Wir müssen Leute im Vorstand haben, die keine Parteinteressen verfolgen, sondern das Wohl der Klasse im Auge haben. Und das ist jetzt bei manchen nicht der Fall". Ein christlich-organisierter Vorstandsmitglied, das von den Genossen natürlich hinausgewählt wurde, teilte mit, es hätten Delegiertenversammlungen stattgefunden, zu denen die christlichen Delegierten gar nicht eingeladen worden seien. So würden nach und nach alle den Genossen nicht genehmen Vorstandsmitglieder entfernt. Sogar „Genossen“ warfen der Klassenleitung „Mißwirtschaft“, „Rußienarbeit“ u. vor und erklärten: „Partei der Freiheit und Gemeinheit“ Klinge besser als Partei der Freiheit und Gleichheit. Da sage noch einer, daß die vorstehenden Bestimmungen in der Reichsversicherungsordnung nicht notwendig gewesen seien.

Wesentliche Erscheinungen

hat die Entwicklung des Tarifvertragswesens insofern gezeigt, als die sozialdemokratischen Verbände ihre Majorität dazu mißbrauchen, gegnerische Winderheitsorganisationen auszuschalten und wo eben möglich Arbeitsmonopole für die eigene Richtung zu schaffen, was leider in vielen Fällen schon gelungen ist. Das wäre allerdings unmöglich, wenn dem sozialdemokratischen Terror von Seiten der betreffenden Arbeitgeberkreise ein größerer Widerstand geleistet würde. Man sieht jedoch leider in manchen Fällen, daß Unternehmer sich den sozialdemokratischen Monopolforderungen ohne weiteres fügen, hier und da sogar noch entgegenkommen, wie es bei einer Fleischerbewegung in Stuttgart im letzten Frühjahr geschehen ist.

Die sozialdemokratischen Arbeitsmonopole im deutschen Chemigraphen- und Kupferdruckgewerbe wären undenkbar, wenn die Arbeitgeber geschlossen mein gesagt hätten. Ebenso wäre es nicht zu den heutigen unhaltbaren Zuständen im Buchdruckgewerbe gekommen, wenn die Unternehmer weniger nachgiebig gewesen wären. In einer kürzlich vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften herausgegebenen Broschüre (Buchdrucker- und öffentliches Interesse, Köln, Gewerkschaftsverlag, Eintrachtstraße 147), die sich gegen das sozialdemokratische Monopol in den Tarifkämpfen wendet, heißt es diesbezüglich: „Der Rätsels Lösung liegt nun aber darin, daß die Allgemeinheit der Prinzipale verlangt, Stände sie geschlossen da, so müßte der sozialdemokratische Terror auf Gehilfenseite weichen. Bei der jüngsten Tarifrevision hätten die Gehilfenvertreter die Durchföhrung des Revisionen unter keinen Umständen an der Zustimmung des Untertagesbundes scheitern lassen.“

Diese mangelnde Widerstandsfähigkeit weiter Arbeitgeberkreise gegen die sozialdemokratische Gewaltpolitik trägt zweifellos schwere Gefahren für die zukünftige gewerbliche Entwicklung in sich, weshalb es wohl angebracht erscheint, beiseiten darauf hinzuweisen.

Ein gerichtliches Nachspiel

zur Reichsversicherungsordnung. Anlässlich der Beratung und Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung hatte die sozialdemokratische „Arbeiter-Zeitung“ in Essen in mehreren Artikeln die ehrenrührigen Vorwürfe gegen die christlichen Arbeitervertreter im Reichstag erhoben. Letztere bestritten deshalb den Klagenweg. Am 23. November kamen drei diesbezügliche Weidigungsprozesse am Schöffengericht Essen zur Verhandlung und endeten alle mit einer Verurteilung des verantwortlichen Arbeiter-Zeitungs-Redakteurs Neumann.

Die erste Klage hatten die Abg. Diesberts, Becker und Behrens angestrengt wegen eines Artikels vom 23. Mai, in dem ihnen wegen ihrer Abkündigung über die Herabsetzung der Altersgrenzen in der Invalidentversicherung vorgeworfen wurde, sie hätten sich „zur Verschleierung ihres arbeiterverräterischen Zuns das durchsichtige Unannehmbare der Regierung bedient“. Urteil: 40 M. Geldstrafe oder 4 Tage Gefängnis, Tragung der Kosten und Publikationsbefugnis der Kläger.

Die zweite Klage war erhoben von den Abgeordneten Becker, Behrens und Dr. Fleischer wegen eines am 1. Juni veröffentlichten Artikels, in welchem sie als „Arbeitervertreter“ und „gereine Verbündete des schamacherischen Großkapitals“ bezeichnet wurden, die bei der Absicht des Arbeitervertreterkreises treu geblieben“ seien. Urteil: 150 M. Geldstrafe, Tragung der Kosten und Publikationsbefugnis der Kläger.

Die dritte Klage, welche vom Abgeordneten Behrens angestrengt war, gründete sich auf einen Artikel, in welchem ihm wegen seiner Abkündigung über die Festsetzung der Wählerinnenunterstützung für Landarbeiterinnen „Schurerei“ vorgeworfen worden war. Urteil: 150 M. Geldstrafe, Tragung der Kosten und Publikationsbefugnis der Kläger.

Der Verlaufe hatte als Verteidiger den Reichstagsabgeordneten Dr. Frank und als Zeugen den sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden Abg. Mollenhuth eigens von Berlin kommen lassen, um die Klage zu überführen, was jedoch vollständig mißlang. Mollenhuth sollte insbesondere nachweisen, daß sich die christl. Arbeitervertreter bei der Regierung ein „Annehmbar“ bezüglich des Antrages auf Herabsetzung des Rentenbezugsalters von 70 auf 65 Jahre „bedient“ hätten. Auf die Frage, ob er etwas davon wisse, gab er die nichtsagende Antwort, daß „man ihn bei derartigen Verhandlungen ja wohl nicht hinzuziehen würde“; auf die Frage aber, ob er denn irgendwelche Anhaltspunkte für eine derartige Annahme habe, mußte er mit einem glatten „Nein!“ antworten. Ähnlich erging es bei den übrigen Verfassungen, den „Wahrheitsbeweis“ für die verurteilten Behauptungen zu erbringen. Der Ausgang dieses gerichtlichen Nachspiels ist ein erneuter Beweis dafür, daß die christlichen Arbeiterabgeordneten bei der Reichsversicherungsordnung die Interessen des arbeitenden Volkes nach bestem Wissen und Können vertreten haben.

Von Unternehmern „Gnaden“

Durch die sozialdemokratische Presse lies kürzlich wieder eine Notiz, monach die christlichen Gewerkschaften für die Erziehung eines Sekretariates in Schwern bei den Unternehmern Geld zusammen gebettelt hätten. Das war Schwindel, ebenso die Schlussfolgerung der roten Blätter, die christlichen Gewerkschaften seien von Unternehmern „Gnaden“ abhängig. Tatsache ist demgegenüber, daß die Sozialdemokraten gegen Zusammenhänge kapitalistischer Unternehmer nicht pröde sind. So ließen sie sich kürzlich von dem Großindustriellen Ernst Solway, der seine Arbeiter in Lothringen um ihr Koalitionsrecht und eine kleine Erhöhung ihres jährlichen Lohnes kämpfen ließ, 60000 M. für die rote Volksbibliothek in Weisshofen und stellten den schönen Mammon schmungelnd ein. Geld riecht ja nicht!

Bei einer Textilarbeiterbewegung 1908 in Mühlhausen i. C. hat sich der sozialdemokratische Textilarbeiterverband die Kosten einer Versammlung in Höhe von 60-70 Mark von dem Chef der Firma Kallmann & Co. bezahlen lassen.

In Göttingen und Omlind sind die Genossen bettelnd an große Brauereien herangetreten, für einige Tausend Mark Anteilnahme für eine neu zu gründende

sozialdemokratische Zeitung zu übernehmen. Ihr Flehen wurde erhört.

Nach einem Geständnis der Genossen Mundt in Nr. 146 des „Vorwärts“, Jahrgang 1906, haben bürgerliche Kapitalisten für das Frankfurter sozialdemokratische Gewerkschaftshaus 600000 Mark hergegeben. — Geld riecht nicht, war stets Grundlag der Genossen. Ihnen steht es wirklich schlecht an, den christlichen Gewerkschaften Verteilung und Abhängigkeit vom Unternehmertum vorzuwerfen.

Aus den Zahlheften.

Dr. Glöckner. In unserer Mitgliederversammlung vom 2. Dezember konnte der Vorsitzende unseren neuen Beamten aus Köln als Referenten vorstellen. In seinem Vortrage verarbeitete sich Kollege Sedlmayr über das Thema: Weltanschauungskämpfe im Berufsverband. Er kennzeichnete die ursprüngliche Verfassung der Fachvereine und schilderte, wie die freigelegte Strömung, die besonders nach dem Jahre 1848 stärker einsetzte, innerhalb den in den sechziger Jahren gegründeten Berufsverbänden nach und nach Eingang fand. Ein Hauptmoment in der Beurteilung der Entwicklung der damaligen Arbeitervereine ist die Verbreitung der neuen Lehren eines Darwin über das Wesen des Menschen. Die These: Der Mensch ist das höchstentwickelte Tier — wurde als Wahrheit angenommen. Die materialistischen Tendenzen eines Philosophen Feuerbach, die Lehren eines Karl Marx als Vollstrecker jener Lehren, übten eine mächtige Anziehungskraft auf die Massen der Industriearbeiter aus, zumal deswegen, weil die redegewandten Führer der politischen Demokratie nicht nur jene Ideen förderten, sondern andererseits auch für die Beseitigung der Arbeiter eintraten. Im Einzelnen legte der Redner nach dar, welcher Widerspruch grundsätzlich besteht zwischen der Darwinischen Theorie, daß die höher organisierten Lebewesen zur Herrschaft dadurch gelangen, indem sie die Schwächen der minder entwickelten für ihre Zwecke ausbilden, und zwar — nach Darwin — mit Recht und Naturnotwendigkeit — einerseits, und dem Sozialismus, der den Schug der Schwachen vor der Überordnung durch den Stärkern fordern muß — andererseits. Die liberal-manchesterliche Wirtschaftsweise fügt sich mit Recht auf die erkenntnistheoretischen Grundzüge Darwins, indem sie das Spiel der freien Kräfte proklamiert und durchführt. Die Fragen: Woher die Welt, woher das Leben und wozu — alle diese Fragen im Widerspruch zur christlichen Tradition nach rein-materiellen Gesichtspunkten zu betrachten und zu beantworten, gehörte zum wesentlichen Bestandteil der neuen Lehren.

Die Entwicklungstheorie im Gegenlag zur Bibel, also die Wissenschaft gegen den Glauben! So triumphierten die Verfechter des Darwinismus, die Anhänger des Sozialismus zugleich! Im weiteren Verfolg dieser Gedankengänge legte der Referent noch dar, wie heute noch sich nicht nur sozialistische Agitatoren, sondern selbst sozialistische „Wissenschaftler“ darüber verwundern, wenn christliche Gelehrte die Tatsachen der Entwicklungstheorie anerkennen. Die große Mehrheit der Genossen sieht in dem gläubigen Christen einen Ignoranten wissenschaftlicher Tatsachen, s. B. sagt man, die Christen müßten an das Märchen vom Sechstagewerk glauben, anstatt die erweisbare Tatsache hinzunehmen, daß eine jahrtausendelange Entwicklung zur heutigen Form der Erde geführt habe.

Die diesbezüglichen Nichtstellungen des Redners gipfelten in der Aufforderung, den roten Agitatoren gerade nach dieser Richtung die Stirne zu bieten, damit

Weihnachtsgedanken!

„Die Ehre sei Gott in der Höhe und Frieden den Menschen auf Erden.“

Das ist der Hochklang im Christfeste, dessen Inhalt uns wie ein Riesenprogramm für die Menschheit erfährt. Im Gedanken des großen Tages, der einst der Welt den Erlöser gebracht, wollen auch wir einige Gedanken aussprechen über die ewige Bedeutung der christlichen Ordnung: Gott die Ehre, den Menschen Frieden! Die zwei großen Heerlager der Arbeiterschaft bestehen deshalb, weil der eine Teil an dem Programm der Sozialreform den ersten Schug nicht gelten lassen will, den der Weiterläufer seiner Zukunft vorausgeschickt hat: Die Ehre sei Gott!

Wohl hört man in beiden Lagern den Ruf erschallen: Frieden den Menschen! Aber jenseits der christlichen Arbeiterschaft ignoriert man mit Lebensschmerzigen Panatismus die Erfahrung der Jahrhunderte, daß ohne die Hilfe der Religion auf die Dauer kein freies, freies Zusammenleben der Menschen möglich ist, erst recht kein Aufstieg in bessere, edlere Umgestaltungsformen. Die kampfhaften Bestrebungen der „Modernen“, an die Stelle der göttlichen Worte selberherbener, bessere Gesetze zu stellen, bedeuten ebensowohl Enttäuschungen, als tückische Sophismen. Gott, — so sagt Feuerbach, der Prophet des Materialismus — ist nichts anderes, als der Mensch eigener Geist! Die Verderber dieser Weisheit beständen natürlich, daß die „moderne Wissenschaft“ mit dem „veralteten Kram der Bibel“ aufgezäumt habe, und daß an die Stelle der „entbehrlichen Forderungen einer sogenannten christlichen Moral“ trübere Ansichten über Pflichten und Rechte des Individuums treten müßten.

Ettlich ist, was eine Sittlichkeit ist, so befehlet uns diese neue Ethik, und dieser Wissenschaft letzter Schlug erklärt uns den Menschen als ein Produkt von Zufällen und Umständen. Alles ist Entwicklung, die Materie, der Geist; ja sogar die Wahrheit sei nicht konstant, sondern den natürlichen Gesetzen der Entwicklung unterstellt.

Jede Autorität muß fallen!

Unser diesem Selbstgefühle werden die Köpfe revolutioniert, die Massen mobilisiert — zum Kampfe für

Freiheit und Gleichheit. Für die Ermahnungen zur Vernunft, für die Versuche, zur Selbstkenntnis hinzuleiten, ernten alle diejenigen Pädagogen Hohn und Spott, die zu behaupten wagen, daß der wahre Fortschritt nur durch die Verbesserung des eigenen „Ich“ ermöglicht würde. Die Strenge der Kritik, die nur gegen andere angeordnet wird, sollte zuerst im eigenen Hause reinigen, ehe sie das fremde Heim betritt. Selbstverleugnung, Gehorham, Demut, alles das sind Begriffe, die den „Aufgeklärten“ als Symbole der Unfähigkeit, Schwäche und Charakterlosigkeit erscheinen.

Das Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse, so sagen die Anhänger des Bögen „Materialismus“ sei der Klassenkampf. Unfähig zu einem stillen, aufrechten: mea maxima culpa — schiebt man die Schuld an allen Übeln der Vergangenheit zu, verhöhnt die Versuche der Gegenwart, die alten Wahrheiten des Christentums in neuen Formen sich auswirken zu lassen, und erbt allein den lasten, die Erziehung der Gewalt Herrschaft der Masse. Die sozialen Bestrebungen unserer Zeit, soweit sie getragen sind von dem Weltmotive, das über den Weihnachtsstrikpen prangt, und das als Zweck unserer Tätigkeit bestimmt, die Ehre Gottes und das Wohl der Mitmenschen zu fördern, werden als ungenügend und verfehlt charakterisiert. Ja, soweit geht die Verblendung, daß selbst die christliche Charitas, die übermenschliche Opfer für die Vermissten der Armen, für Kranke und Gefallene gebracht hat, nicht mehr gemüßigt wird.

Die Unzufriedenheit muß gesteigert, jede Verbesserung gelehnet, alle edlen Motive verächtlich werden. Wenn wir in wenigen Tagen vor dem hellereuchteten Christbaum stehen, dessen Anblick uns zurückversetzt in die Tage unserer Kindheit, dann sähnen wir, daß uns die Fröhllichkeit, die Sorglosigkeit jener Tage für immer entschunden ist. Der Ernst des Lebens fordert seinen Tribut, aber wie des Neudatums heller Feuerchein dem Steuermann auf hoher See den Weg zum sicheren Hafen zeigt, so ist die Erinnerung an die sorglose Vergangenheit für uns ein neuer Ansporn zu treuer Arbeit im Sinne derer, die an das Glück der Zufriedenen glauben. Wenige goldene Rüsse, ein Duzend Diebstahldaten — oder eine Puppe für die Mädchen — und einige Gebüchen — das alles um und an einem kleinen Tannenbaumchen — konnten und seinerzeit in über-schwängliche Freude versetzen. Und heute — — — ?

Ja, ja, wir sind anspruchsvoller geworden, abgestumpft gegen die schönsten Werte des Lebens, die in der Bescheidenheit die höchsten Triumphe feiern. Ob bereit und heute die Kinder der Reichen, der Großen, mit größerer Freude um den reichgeschmückten Christbaum springen können und konnten als die Kleinen aus der Arbeiterfamilie um das bescheidene Baumchen? „Nicht Reichtum macht glücklich! Zufriedenheit macht reich!“

Dieses wahre, schöne Sprüchwort ist heututage verpönt, denn, so sagt man von gewisser Seite, es bedeute: wir sind mit unserem Loos zufrieden, brauchen also keine Verbesserung unserer Lage. Die Loren! Als ob kein Unterschied wäre zwischen den unter allen Umständen unzufriedenen und jenen, die zur Zufriedenheit nicht nur durch materielle Besserstellung gelangen wollen. Wer möchte sich dafür verbürgen, daß die mit Gewalt durzuführende „Erlösungstakt“ der neuen Propheten tatsächlich eine geistliche, eine gesellschaftliche Freiheit bringen kann und wird? Wenn man von der Gegenwart auf die Zukunft schließen darf — und das zu tun, muß und erlaubt sein — dann können wir christlichen Arbeiter sagen, daß wir keinen Grund haben, von kommenden Tagen und kommenden Ereignissen größere Freiheiten zu erwarten, als wir sie in dem gegenwärtigen Staat haben. Das Verlangen der sozialistischen Arbeiter, die Leitung des Staates, somit auch die Gesetzgebung in die Hand zu bekommen, könnte den Bürgern des gegenwärtigen Staates, die zu einem solchen Lasten die Hand geboten, nur den Vorwurf einbringen: „Woh! denen, die dem Wohlwollen des Reiches Himmel und Erde leisten; sie scheint ihm nicht, sie kann nur jünden — und sühnt Sünde und Döcker ein. Wir wollen allein jene Freiheit erstreben, die sich auf den Fundamenten des Christentums, auf der Gottes- und Nächstenliebe aufbau. Unser Streben und Ringen nach Freiheit und Fortschritt im Rahmen der christlichen Sozialreform ist jederzeit getragen von dem obersten Ziel:

Die Ehre sei Gott in der Höhe —
Und Frieden den Menschen auf Erden,
Die eines guten Willens sind!

die Brause besetzt werde. Die Schulung hierzu ver-
mitteln die konfessionellen Vereine und daher dürften
die Kollegen in ihrem eigenen Interesse der apologeti-
schen Aufklärung, die dort vermittelt wird, erhöhtes
Interesse entgegenbringen. Anknüpfend an seinen Vor-
trag gab Kollege Sedlmayr noch einen Rückblick über
einige Vorkommnisse der letzten Zeit. Insbesondere
stieß er nochmals die Vorkommnisse bei der Firma
Niffarth und die hierüber vom roten Organ beliebte
Berichterstattung.

Reicher Beifall folgte dem Vortrage.
In der Diskussion wurde von verschiedenen Kollegen,
die bei Niffarth standen, die Haltung der Genossen ins
rechte Licht gesetzt. Im Schlusswort betonte der Re-
ferent die Notwendigkeit der Einigkeit. Zu weiteren erklärte
er noch, daß, wenn sich die neuesten Anwürfe der Ge-
nosse wegen Sabotage als berechtigt herausstellen würden,
die Verhandlung dem- oder denjenigen Kollegen, die
daran beteiligt sind, die schärfste Mißbilligung aus-
sprechen müßte, obwohl sie weiß, daß eine begründete Er-
regung über die roten Streikbrecher manches entschuldigende
sinn. Da die Buchbinderzeitung ankündigt, die Sache
bei dem Staatsanwalt übergeben, können wir ja der
Berechtigkeit ihren Lauf lassen. W. Sch.

Anmerkung der Redaktion:
Neuerdings stellt nebst der Buchbinderzeitung die
gemeinte rote Presse die Behauptung auf, einer unserer
Kollegen habe aus Rache Sabotage geübt. In den roten
Blättern stand zu lesen:

„Christliche Gewerkschaftler üben Sabotage! In der
Werkstattfabrik von Niffarth in M.-Glabbach arbeiten
neben Mitgliedern des christlichen graphischen Verbandes
auch Mitglieder des freien Buchbinderverbandes. Da die
Firma dem „christlichen Prinzip“ nicht Rechnung tragen
wollte, nur christlich organisierte zu beschäftigen, so ver-
suchten die edlen Christlichen auf nachstehende Weise
dem „Prinzip“ Geltung zu verschaffen. Ein im Buch-
binderverbande organisierter Goldschmittmacher mußte
mit Staunen bemerken, daß alle seine Schritte miß-
glückten, er mochte anstellen, was er wollte. Keiner
mühte sich, bis man einen jungen Mann dabei ertappte,
als er ein Pulver über die zum Abreiben der Schritte
bestimmten Papierpäne schüttete. Auf dem Kontor ge-
stand der junge Mann dann wehmütig ein, das Pulver
von einem christlich organisierten Kollegen erhalten zu
haben. So versuchten also die christlichen durch Sabo-
tage die „roten Wüter“, wie gewöhnlich der Krauß-
druck lautet, aus dem Betrieb hinauszubringen, um für
ihre Mitglieder, ebenso wie in Regensburg, ein Arbeits-
monopol zu schaffen. Welch ein Gehülz würde wohl in
der ganzen christlichen Gewerkschaftspresse über einen
solchen Terrorismus erhoben werden, wenn der Buch-
binderverband ihn auf dem Herabhol hätte.“

Demgegenüber sei bemerkt, daß der in Betracht
kommende Kollege unseres Verbandes in dieser Ange-
legenheit vor dem Polizeikommissar zu Protokoll erklären
konnte: „Ich habe keinem eine Substanz überreicht, um
damit Schritte zu verderben. Als ich noch bei Niffarth
war, habe ich die letzten 14 Tage mit fast keinem Kolle-
gen mehr verkehrt.“

Es wird also gut sein, den weiteren Verlauf der
Dinge abzuwarten, ehe ein Urteil gefällt werden kann.

Wiesfeld. Den Nagel auf den Kopf getroffen
haben wir mit unserem Artikel in der Nr. 24 unseres
Organs. Das kennzeichnet so recht der Artikel in der
Buchbinder-Zeitung Nr. 49. Eigentlich sollte man gar-
nichts darauf erwidern, denn man macht damit nur die
Versammlung des freien Verbandes hier am Orte in-
teressant. Wenn der Artikel nur sachlich geschrieben wäre,
dann lohnte es sich noch. Aber Sachliches scheinen die
nichts mehr zu wissen, darum müßten sie persönlich wer-
den. Wir erklären hier nochmals ausdrücklich, daß wir
mit der Entlassung der Gehilfen nichts zu tun haben.
Herr Obermeister Schulz hat bis heute noch niemand
von seinen Angestellten aufgefordert, in den christlichen
Verband einzutreten, somit auch nicht an Diederich das
Anstehen gestellt, in den christlichen Verband einzutreten.
Man entwirft sich so sehr über eine bodenlose Gemein-
heit der Christlichen. Die Sache verhält sich genau so,
wie wir sie geschildert hatten. Die der Innung ange-
schlossenen Meister haben den Tarif mit dem Gesellen-
auschluß abgeschlossen, und dazu gehört auch die Buch-
binder der Werkstatt Verbel. Dann wird uns weiter
vorgeworfen, daß in der Anstalts-Buchbinderei kein tarif-
mäßiger Lohn bezahlt wird. Von unseren dort beschäf-
tigten Kollegen hat bis heute noch keiner unter tarif-
mäßigem Lohn gearbeitet. Wenn das Freiorganisierte
machen, so geht uns das gar nichts an, dafür ist der
Gesellenauschluß da. Wir möchten die Herren Kollegen
bitten, uns doch die Namen zu nennen, welche von un-
seren Kollegen unter Tarif gearbeitet haben, wir repan-
dieren uns dann durch Bekanntgabe von Namen aus
dem freien Verband. Geradezu laßhaft ist es, wenn in
dem Artikel geschrieben wird, daß der Mitgliederwunsch
an der Aufstellung der Teden- und Eingangsmechanischen
Schuld ist. Wir müssen hier feststellen, daß die Zahl der
Verursachenden nicht vermindert, sondern eher ver-
mehrt wurde. In dem Artikel wird ferner behauptet,
daß wir unser angeklagtes Väterdugend Mitglieder durch
den schlimmsten Terrorismus für uns gelopert hätten.
Hierdurch fordern wir den Deutschen Buchbinder-Verband
Jahresweise Wiesfeld auf, uns die Fälle bekannt zu geben,
wo wir Terrorismus verübt haben. Aber nicht nach dem
Grundtag: „Dem Gegner gegenüber braucht man keine
Wachsamkeit zu üben.“ Neben die Frage, was unser Ver-
band in den 6 Jahren seines Bestehens für seine Mitglieder
getan hätte, wollen wir eine Gegenfrage legen und tragen,
was hat der Deutsche Buchbinder-Verband Jahresweise
Wiesfeld geleistet? An den beiden Tarifabschlüssen, die
bis jetzt getätigt wurden, sind wir gerade so gut berei-
tigt wie die „Freien“ auch. Denn in den Kommissionen
haben wir gerade so gut gearbeitet wie die „Freien“.
Der „freie“ Verband besteht nun schon 26 oder 27 Jahre
her in Wiesfeld, was hat der rote Verband in den 18
oder 19 Jahren vor dem ersten Tarifabschluß getan?

Das ist also die ganze Frucht einer Arbeit von 26 Jah-
ren. Jetzt möchten wir noch so einige Fälle bekannt
geben, wie man sich unseren Mitgliedern gegenüber zu
benahmen beliebt. Einen unserer Kollegen beschmugnt
man die Butterbrote, einen anderen eßelt man jeden
Montag an, wenn der Betreffende nur mit Fische gemessen
wieder einen anderen traktiert man mit Süßkrümmen, weil
er nicht in den freien Verband wollte!

Vor einigen Jahren ging von der Wiesfelder Buch-
binder Innung eine Aufforderung an den Buchbinder-
Verband, an einem Fachkurs teilzunehmen. Die prompte
Antwort war, „wir richten einen Kursus ein.“ Was
heute hat noch kein Kursus stattgefunden. Dagegen
haben einige von unseren Kollegen an dem Kursus
teilgenommen. Zu den persönlichen Unrempelungen unse-
rer Kollegen noch möchten wir kurz folgendes bemerken.
Nach Angabe unserer Kollegen, die damals in der Werkstatt
Schorsch anwesend waren, sind durchaus keine beleidigenden
Verurteilungen von Seiten des Kollegen erfolgt. Noch
hat nur seine Pflicht als Gewerkschaftler getan. In
der Buchbinderzeitung heißt es: „Ach Herr Koch, wer
wurde denn plötzlich bei der letzten Lohnbewegung trant
und wer hatte denn nicht soviel Courage, bei der Firma
Eilers jun. die unterchristliche Anerkennung des Tarifes
zu holen? War es nicht Herr August Koch, der damalige
Vorsitzende der Christlichen?“

Wenn man das liest, so kann man meinen, was Kol-
lege Koch da verbrochen hat. Kollege Koch hat durch
seine Frankheit nur 2 Verhandlungen mit der Innung
versäumt; da möchten wir hier die Frage aufwerfen,
was unser Kollege Koch da zu riskieren hatte, da er
doch alle anderen Versammlungen mitgemacht hat.
Wiedrigs hatte Koch einen Vertreter geschickt. In der
Kommission wurde damals beschlossen, daß der Vorsitzende
des „freien“ Verbandes mit dem Gauleiter Herrn Grün-
hoff bei der Firma Eilers vorstellig werden sollten.
Kollege Koch hatte somit gar keine Veranlassung, bei der
Firma Eilers junior vorstellig zu werden. — Nach Aus-
spruch verschiedener Mitglieder des „freien“ Verbandes
haben sie noch sehr viel an Lager von dieser geistigen
Nahrung. Na, die Herren müssen es ja wissen, was sie
ihren Mitgliedern vorlesen dürfen. Sie haben hier in
Wiesfeld so großartige wissenschaftliche Leuchten, die auch
gleich immer persönlich werden, da kann man es dem
Artikelschreiber gar nicht übel nehmen, wenn er es dies-
mal geworden ist und es nächstens auch wird. Nach
Auspruch eines „frei“ organisierten Mitgliedes sollten
wir uns um die Artikelschreiber des freien Ver-
bandes gar nicht kümmern und sie einfach ignorieren.

NB. Die Beschneidung der Frankheit des Kollegen Koch
seitens des Arztes können wir jederzeit vorlegen. Während
der Frankheit des Kollegen haben nur Verhandlungen
mit der Innung stattgefunden.

Berlin. In unserer letzten, gut besuchten Versam-
lung zeigte die Kollegenchaft Berlin, daß in ihrem Reihen
noch frisches Leben pulst. Kollege Senner referierte
über das Thema: Welche Aufgaben stellt uns die Zu-
kunft. Nachdem Redner einen Überblick gegeben hatte
über die in Berlin abgeschlossenen Tarife in der Papier-
branche, kam er auch auf die Vorgänge in Regensburg
zu sprechen. Herr Koch hätte besser getan, für die
strikte Durchführung der Tarife in Berlin Sorge zu
tragen, als in der Provinz herumzufahren, um gegen
Tarifmonopole der Christlichen zu protestieren, die nie
bestanden und nicht bestehen. Dabei erinnerte der Vor-
tragende an die Szenen, die sich beim Abschluß des
Buchbinder-Tarifes in Berliner Versammlungen ereigneten.
Die offene Rebellion gegen die Verhandlung, von
beiden Versprechungen nur ein Bruchteil eingelöst werden
konnte. Schließlich betonte der Referent das ungerechte
Prinzip der roten Verhandlung, die christlichen Kollegen
vom Tarif auszuschließen und stellte die diesbezügliche
Praxis der Genossen gebührend an den Pranger. Für
die Mitglieder der christlichen Organisation entpinn-
te hieraus gerade in der Reichshauptstadt die Pflicht, energisch
an der Ausbreitung des graphischen Zentralverbandes
mitzuarbeiten, damit die Säume des Herrn Koch nicht
in den Himmel wachsen. In den kommenden Wochen
soll die Agitation allseits fleißig betrieben werden. Eine
ganze Anzahl tüchtiger Kollegen will sich zur Verfügung
stellen, so daß man auf einen Erfolg hoffen kann.

Düsseldorf. In den letzten Nummern der Buch-
binder-Zeitung“ hatte man immer Gelegenheit 2-3 Arti-
kel gegen unseren Verband begn. unsere Kollegen zu
lesen. Warum, das alles geschieht, wissen unsere
Kollegen und bedarf es hierüber keiner Erörterung. In
ihrer letzten Nummer besaß sich die „Buchbinder-Zeitung“
u. a. auch mit einem Artikel über drei Düsseldorf-er chris-
tliche Jünglinge, die beschäftigt sind bei der Firma Gebr.
Tönnies. Wenn die Düsseldorf-er Genossen des sog. Buch-
binderverbandes meinen, daß dort, wo zwei oder drei
christlich organisierte Kollegen zusammen sind, sofort
Gezerei und Schwindel anfängt, so sind doch diese
Götzen, die derartige glauben, im Irrtum. Solche
Vorurteile wie bei Tönnies, entstehen nicht durch
Gezerei oder Schwindel, sondern es ist das einerseits
eine schwache Stunde eines unserer Kollegen, andererseits
aber auch wieder Schuld des betr. Genossen, der die
Rundenarbeit verteilte und sich dann nicht mehr darum
bekümmerte. Das ist auch voll und ganz in der Ver-
stärker-Versammlung ausgeführt und von verschiedenen
Genossen unterstützt worden. Zur Sache selbst kurz fol-
gendes: Einer unserer Kollegen hatte 5-6 Bücher in
Arbeit bekommen, um sie in 1/2 Feder zu binden. Nach
Fertigstellung derselben wurden sie reklamiert und zur
Reparatur wieder in die betr. Abteilung geschafft. Herr
Tönnies kam einige Minuten später und reklamierte dann
auch ganz energisch. Dabei zog unser Kollege nun über
Genossen her, aber ohne Namen zu nennen, und machte
allerlei Bemerkungen, die er selbst auch in der Ver-
stärker-Versammlung behauptet hat. Kurz und gut; Sams-
tags belamen unser Kollege, sowie ein Genosse, der die
Rundenarbeit verteilte, die Kündigung auf 8 Tage. Der
Genosse nahm sie ruhig hin. Unser Kollege aber wurde
beim Herrn Tönnies vorstellig und bat im Verlauf der

Verhandlung um Zurücknahme der Kündigung, was
dann auch erfolgte. Dabei hat er als Grund angegeben,
daß er seine Mutter ernähren müsse.

Wir sehen gar nicht ein, weshalb wir dieses nicht
veröffentlichen sollen, verehrte Düsseldorf-er Genossen.
Eins sei aber auch noch gesagt: daß selbst die Genossen
in der Verstärker-Versammlung betonten, daß auch ihren
Kollegen ein großer Teil Schuld mittrüge. Davon schreibt
aber wohlweislich die „Buchbinder-Zeitung“ nichts. Fer-
ner sei noch festgestellt, daß der betr. Genosse, der mit-
geklagt wurde, nicht derbetretet ist, auch nicht direkt
benannt wurde, da er ja nicht ganz allein in der betr.
Abteilung stand. Die „Buchbinder-Zeitung“ bringt aber
so, als wenn es wirklich der Fall wäre. Der Genosse hat
dabei die Ausführungen des Herrn Tönnies auf sich ge-
zogen. Also drüben werden gerade so gut mal Fehler
gemacht wie untererseits, und wir hätten die Sache
längst als erledigt angesehen, wenn wir jetzt nicht durch
einen Artikel dazu gezwungen wären, zu erwidern. Also,
Düsseldorf-er Genossen, legt zunächst vor Eurer eigenen
Zür und wenn dort alles rein ist, dann jured die an-
dere auf.

Betreffs des einen Kollegen, der 5 Jahre bei uns
organisiert war, halten wir unsere Behauptung voll und
ganz aufrecht, da uns der Kollege selbst dieses gesagt hat.
Ja, wir können noch weiter gehen und mitteilen, daß
unsere Behauptungen von kompetenter Seite unterstützt
worden sind. Dies genügt hierzu.

Daß man uns mit „Jünglinge“ tituliert, tut uns
gar nicht weh, verehrter Genosse, im Gegenteil, Wunden
muß es uns nur, daß man über den zweiten „Jüngling“
nur 1/2 Zeile schreibt, sicherlich weil das Andere alle
Kamellen sind und der Spieß gerade umgekehrt liegt
wie oben, und der dritte geht ganz leer aus. Willst du
kommst später noch mal. Wir warten es mit Ruhe ab.

Wir könnten zwar auch über die Genossen in mancher
Beziehung noch vieles schreiben, behalten es uns aber
noch vor dies auf weiteres.

Unsere Bruderzahlreihen können wir noch mitteilen,
daß unsere Bewegung hier in Düsseldorf gut voran-
schreitet, trotz der maßlosen Hege der Genossen. Unbe-
kümmert dessen arbeiten wir immer wieder mit neuem
Mut.

Literarisches.

**Die Stellung der Sozialdemokratie zum
Christentum.** (von G. Raffenloft) Das 16. feilige
Festgen führt uns in Zitaten sozialistischer Zeugen
die Religionsfeindschaft vor Augen und stellt so eine
vorzügliche Waffe im Kampfe gegen die heidnische
Laster dar, die in dem Sage: „Religion ist Irreligiosität“
gipfelt. Es wäre demnach zu wünschen, daß diese
Aufsicht sozialdemokratischer Komitees jedem christlichen
Arbeiter ein neuer Ansporn zu tüchtiger Mitarbeit in
den konfessionellen Vereinen würde, wo die verschiedenen
Waffen durch apologetische Belehrung an die Hand
gegeben werden. Der Preis von 10 Pfg. läßt das
Schriftchen zur Massenverbreitung geeignet erscheinen.
Bestellungen nimmt die Zentrale entgegen.

Versammlungskalender.

Versammlungen finden statt:
Augsburg. Jeden 2. Samstag im Monat im Verkehrs-
lokal der christl. Gewerkschaften.
Barmen. Jeden 1. Samstag im Monat abwechselnd im
Restaurant Vogel, Adigerstr. 16 in Barmen und
Kestr. Wilms, Ludwigrtr. 31 in Uckerfeld.
Berlin. Mittwoch, den 3. Januar, abends 8 1/2 Uhr bei
Peuser Köpenickerstr. 62.
Wiesfeld. Jeden 1. Freitag im Monat im christl. Gewerks-
haus bei Debour, Herforderstr. 84. Anfang 8 Uhr.
Bonn. Jeden letzten Montag im Monat, abends 7 Uhr,
im Lokale Wiander, Clemens Auguststr.
Dresden. Samstag, den 23. Dez., punkt 8 Uhr, Bachstr.
Düren. Jeden 1. Sonntag im Monat vormittags 10 1/2
Uhr Versammlung bei L. Hinkelberg, Mühl-
Versammlung Sonntag, den 31. Dezember.
Düsseldorf. Samstag, den 30. Dez. Versammlung mit
Vortrag. Alle erscheinen.
Hagen. Samstag, den 23. Dezemb., 8 1/2 Uhr bei D. Wichhof,
Körnerstr. Sehr wichtige Tagesordnung. Keiner
darf fehlen.
Kempen. Samstag, den 23. Dezember.
Köln. Samstag, den 23. Dezember mit Weihnachtsfeier.
München. Samstag, den 30. Dezemb. im Wiesmayer
Garten, Schillerstr. 16.
M. Glabbach. Mitte oder Ende Januar findet unsere
Generalversammlung statt. Alle Kollegen seien
jezt schon darauf hingewiesen.
Münster. Samstag, den 23. Dez. bei Stegmann, Cle-
mensstr. Vollzähliges Erscheinen Ehrenpflicht.
Regensburg. Jeden 2. Samstag im Monat in der Jakob-
bühnenstraße.
Stuttgart. Jeden Montag nach Erscheinen der Zeitung
abends 8 Uhr im Gasthof zum Herzog Christophstr. 11 z.
Würzburg. Am Mittwoch, den 27. Dezember.

Briefkasten. Bericht von Ebersfeld-Barmen folgt
in nächster Nummer.

Verantwortlich: A. Hornbach-Köln, Palmstraße 14.
Köln-Geyrenfelder Handelsdruckerei, Klarstr. 9.